

SOZIALPARTNERSCHAFT UND MITBESTIMMUNG

Behauptung: *Die Sozialpartner (also ÖGB, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer) sind Blockierer, Bremsklötze und Sargnägel.*

FAKT: Im Vergleich von 16 europäischen Ländern gehört Österreich zu jenen Staaten, in denen die Sozialpartnerschaft am stärksten ausgeprägt ist. Daher schneiden wir auch bei allen wirtschaftlichen Daten (Arbeitsmarkt, Einkommen usw.) sehr gut ab. Dass das mit der Sozialpartnerschaft zusammenhängt, wurde bereits durch wissenschaftliche Studien, z. B. vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) bewiesen. Und zum Vorwurf, die Sozialpartner wären Bremsklötze: Wenn jemand mit Vollgas auf eine Menschenmenge zufährt, kann es Leben retten, wenn jemand auf die Bremse steigt.

Behauptung: *Die Sozialpartner bringen nichts weiter.*

FAKT: Die Sozialpartnerschaft funktioniert 365 Tage im Jahr: Tausende Betriebsvereinbarungen werden jährlich erzielt und 450 Kollektivverträge neu ausverhandelt. Außerdem haben die Sozialpartner alleine in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge und konkrete Maßnahmen für die jeweiligen Bundesregierungen erarbeitet, etwa zu den Themen Bildung, Asyl und Integration, Energie- und Klimapolitik, Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping oder Zukunft Europas. Nicht zu vergessen: In der Krise waren es die Sozialpartner, die durch rasches, unbürokratisches Handeln mit der Kurzarbeit viele Arbeitsplätze erhalten konnten.

Behauptung: *Die AK-„Zwangsbeiträge“ sind zu hoch, eine Pflichtmitgliedschaft ist nicht mehr zeitgemäß.*

FAKT: Von „Zwangsbeiträgen“ zu sprechen, ist absolut unseriös, es gibt schließlich auch keinen „Schulzwang“ oder „Meldezwang“. Das System der solidarischen Mitgliedschaft durch die Kammerumlage sorgt dafür, dass man sich für einen Beitrag, der durchschnittlich zwei Melange im Monat entspricht, von der AK in Sachen Arbeitsrecht und Arbeitnehmerschutz, Lehrlings- und Jugendschutz, Sozialversicherungsrecht, Steuerrecht, Lohnabrechnung sowie Konsumentenschutz beraten lassen kann. Gäbe es diese Serviceleistungen nicht mehr, weil die Regierung auf eine Kürzung der ohnehin niedrigen Mitgliedsbeiträge pocht, müssten ArbeitnehmerInnen in vielen Fällen einen teuren Anwalt aufsuchen. Die AK ver-

tritt Beschäftigte auch vor Gericht:

Alleine im Vorjahr wurden 507 Millionen Euro für die Mitglieder erstritten. Dass Unternehmer, die ihren MitarbeiterInnen dieses Geld rechtswidrig vorenthalten haben, mit der AK keine große Freude haben, ist auch klar.

Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge beliefen sich übrigens auf 450 Millionen Euro – die AK bringt also ihren Mitgliedern deutlich mehr Geld, als sie kostet.

Behauptung: *Unserer Jugend sollen alle Chancen offenstehen. (Aus dem Regierungsprogramm)*

FAKT: Mit der geplanten Abschaffung der Jugendvertrauensräte nimmt die Regierung jungen Menschen ein demokratisches Grundrecht und damit die Chance, in ihrem Betrieb mitbestimmen zu können. Außerdem wird es Jugendlichen auf diese Art unmöglich gemacht, sich für andere einzusetzen. Warum darf jeder Schüler seine Klassensprecherin wählen, aber ein Lehrling keine Jugendvertrauensrätin?

Jetzt kürzt die Regierung über 18-jährigen Lehrlingen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten (ÜBA) auch noch die Lehrlingsentschädigung von 753 auf 325,80 Euro pro Monat. Während die Industrie mit Milliardengeschenken bedacht wird, werden junge Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Behauptung: *Die Betriebsräte von ArbeiterInnen und Angestellten müssen gleichgestellt werden.*

FAKT: Das sind sie schon immer! Beschäftigte können und sollen selbst entscheiden, ob sie einem gemeinsamen Betriebsrat wollen, oder jeweils einen für ArbeiterInnen und Angestellte. Für die gemeinsamen Anliegen der gesamten Belegschaft gibt es jedenfalls den Betriebsausschuss, der aus beiden Betriebsräten gebildet wird.

Getrennte Betriebsräte zu haben kann sinnvoll sein. Nehmen wir zum Beispiel die voestalpine: Die Beschäftigten, die am Hochofen stehen, haben natürlich andere Anliegen, als jene, die im Büro die Website des Unternehmens betreiben - darum sollte es jeweils einen Betriebsrat für die Arbeiter und einen für die Angestellten geben, wenn die Belegschaft das so will. Der Regierung geht es aber vor allem darum, die Zahl der Betriebsräte insgesamt drastisch zu reduzieren und damit die Mitbestimmung im Betrieb zu erschweren.